

Pressemitteilung

ZIA-Präsidentin Schöberl zur vorgeschlagenen Mietrechts-Änderung: „Solche Investitionsbremsen sind buchstäblich indiskutabel“

Berlin, 16.12.2024 – Die Immobilienwirtschaft lehnt die Änderungsvorschläge des Wohnraummietrechts, die das Bundesjustizministerium kurzfristig vorgelegt hat, kategorisch ab. „Dieser Entwurf enthält Verschärfungen im Mietrecht, die alle möglichen Änderungen bringen mögen, aber sicher keinen Extra-Wohnraum“, sagte ZIA-Präsidentin Iris Schöberl. „Das ist so, als würde man einen 100-Meter-Läufer mit Bleikugeln behängen und ihm dann sagen: Hey, lauf doch mal schneller!“ Deutschland müsse das Angebot an bezahlbarem Wohnraum „endlich, endlich verbessern“. Schöberl: „Für alle, die dieses Ziel ernsthaft erreichen wollen, sind solche unseriösen Vorstöße buchstäblich indiskutabel. Das ist pures Gift.“

Die Branche habe konstruktive Ideen eingebracht, wie auf der Angebotsseite Bewegung ausgelöst werden könne. „Die wurden am Ende ignoriert“, sagt Schöberl.

„Dieses Vorgehen ist Pseudo-Beteiligung“

Der ZIA kritisiert heftig das Vorgehen der Bundesregierung bei dem aktuellen Referentenentwurf: „Wenn am Freitag die Bitte um Stellungnahme eingeht und eine Frist bis Montag gesetzt wird, ist das kein Austausch mit Expertinnen und Experten aus der Praxis, sondern Pseudo-Beteiligung“, sagt Iris Schöberl. „Dieses Vorgehen ist eine echte Zumutung.“

Instrumente, um Wohnungsmangel wirksam anzugehen

In diesen Tagen nimmt erkennbar der Wahlkampf Fahrt auf – das zeigt sich auch insgesamt „an einem wachsenden Trend zu populistischen Ideen, die angeblich Mieterinnen und Mietern helfen“, analysiert Schöberl. Für solche „durchsichtigen Spielchen“ sei „das Thema zu ernst“. Ihre Kritik bezieht sich auch auf den Kabinettsentwurf für eine Mietpreisbremse, den die verbleibende Regierung am Mittwoch verabschiedet hatte. In Zeiten steigender

Preise und stärkerer regulatorischer Eingriffe seien ökonomische Beschränkungen für die Branche wie für Mieterinnen und Mieter „fatal“.

Der ZIA drängt, dass die politischen Entscheiderinnen und Entscheider wirksame Instrumente in den Blick nehmen, um den ernststen Wohnungsmangel anzugehen.

Dazu zählen unter anderem:

- **Bauvorschriften flexibilisieren**
- **Lärm-Auflagen „entrümpeln“**
- **Eine Novelle des Baugesetzbuchs mutig angehen**
Ein schneller Bau von Flüchtlingsunterkünften ist nach 2015 gelungen, weil Regeln im Paragraphen 246 des Baugesetzbuchs gelockert wurden. Allein eine vorbehaltlose Öffnung dieser Erleichterungen auch für den Wohnungsbau hat nach Einschätzung des ZIA das Potenzial, einen Boom auslösen.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 35 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de